

WOODROW WILSON UND DAS SELBSTBESTIMMUNGS- RECHT

Das Problem der böhmischen Grenze

Von James H. Wolfe

Präsident Woodrow Wilson verkündete zum erstenmal vor einer Vollversammlung des amerikanischen Kongresses am 8. Januar 1918 die 14 Punkte, die Grundsätze für einen gerechten Frieden in Europa¹. Besondere Bedeutung kam dabei Punkt X zu, der allen Nationen Österreich-Ungarns das Recht der autonomen Entwicklung versprach. Im Juli desselben Jahres führte Wilson diesen Punkt weiter aus und versicherte, daß es das Ziel der amerikanischen Politik in Europa sei, der Herrschaft des Rechts, basierend auf der Zustimmung der regierten Völker, zum Durchbruch zu verhelfen. Mit anderen Worten handelt es sich also um nationale Selbstbestimmung — ein Grundstein von Wilsons politischer Philosophie. Danach bedeutet „Nationale Selbstbestimmung“ das demokratische Recht eines Volkes zur Lenkung seines eigenen politischen Geschickes frei von fremder Oberherrschaft². Im Sudetenland und in Südtirol wurde dieses Prinzip auf die schwierigste Probe gestellt. In beiden Fällen siegten die Kräfte des nationalen Imperialismus über Wilsons Idealvorstellung. Die Frage der Autonomie Südtirols bleibt immer noch aktuell und die Stärke der sudetendeutschen Landsmannschaften demonstriert ganz klar die Bedeutung ihres Anspruches auf ihr Heimatrecht.

In den böhmischen Ländern führte der Verrat des nationalen Selbstbestimmungsrechts im Jahre 1919 schließlich zur Vertreibung der Sudeten-deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Wilson wollte eine solche Tragödie vermeiden, aber er hatte die Verwirklichung von Punkt X und damit einen gerechten Ausgleich zwischen den Völkern der Doppelmonarchie nicht erreichen können. Am Beispiel der Sudetenfrage zeigen sich besonders deutlich der Verrat eines Ideals und auch die Fehler der amerikanischen Nachkriegsdiplomatie in Mitteleuropa. Die amerikanische Regierung hat den Ein-schluß von dreieinhalb Millionen Deutschen in die Tschechoslowakische Republik zugelassen. Eine Untersuchung darüber, wie es dazu kam, schließt die hauptsächlichen historischen Faktoren ein, die für das Verständnis des Verhältnisses von Wilson zur nationalen Selbstbestimmung unerlässlich sind.

Begrifflich bietet die Methodologie der Entscheidungstheorie das beste Mittel für das Verständnis dafür, wie sich Wilsons Diplomatie im Fall des böh-

¹ Bailey, Thomas A.: Woodrow Wilson and the Lost Peace. Chicago 1963, S. 333 f.

² Baker, Ray Stannard: The Versailles Treaty and After. New York 1924, S. 12.

mischen Grenzproblems entwickelte. Diese Betrachtungsweise erfordert die Untersuchung der soziologischen und politischen Faktoren hinter einer Entscheidung als Einleitung zu einer Aufzählung der historischen Ereignisse, die zur Entscheidung selbst führen.

I. Hintergrund der Entscheidung

Die Faktoren im Hintergrund bei der Formulierung der amerikanischen Außenpolitik können in drei Rubriken eingeteilt werden:

A. Bereich der Kompetenz: Die legale und traditionelle Beschreibung derjenigen Politiker, die die endgültige Entscheidung treffen, setzt den politischen Rahmen fest, innerhalb dessen sie ihre Funktionen ausüben sollen. Bei dieser Untersuchung kommt dem Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem „Secretary of State“, d. h. dem Außenminister, große Bedeutung zu.

B. Information: Sowohl in Hinsicht auf ihren Inhalt als auch auf ihre Quellen ist die Information der führenden Politiker sehr wichtig. Wenn Informationsquellen nicht beachtet werden, haben sie natürlich keinen Einfluß auf den Gang der Dinge, obwohl sie vielleicht sachverständige Bewertungen der Lage darstellen.

C. Motivierung: Die persönlichen Ziele eines führenden Politikers bestimmen die Art, wie er seine Informationen ausnützt, und wie er seine institutionelle Rolle erfüllt. Die Weltanschauung eines amerikanischen Präsidenten dominiert wirklich die Geschichte seiner Amtsperiode.

A. Bereich der Kompetenz

Die amerikanische Verfassung basiert auf dem Begriff eines Gleichgewichtes der Macht zwischen dem Präsidenten und den beiden Kammern des Kongresses. Dieses Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative erhält besondere Bedeutung, wenn es sich um außenpolitische Entscheidungen handelt. Beide Kammern, der Senat und das Repräsentantenhaus, müssen ihre Zustimmung zu Staatsausgaben für innen- und außenpolitische Zwecke geben. Außer der finanziellen Kontrolle der Außenpolitik verfügt der Senat noch über eine andere Handhabe: Er muß alle internationalen Verträge mit einer Zweidrittelmehrheit billigen. Der erste amerikanische Präsident, George Washington, versuchte, aus dem Senat einen Staatsrat zu machen, mit dem er sich über wichtige Verträge beraten wollte. Seit dieser Versuch in den Anfangsjahren der Republik mißlang, fällt die Verantwortung für die Außenpolitik dem Präsidenten zu; der Senat hat jedoch immer noch sein Vetorecht, das er im Fall des Versailler Vertrages auch ausübte.

Der Einfluß eines Präsidenten gegenüber dem Senat ist kein konstanter Faktor, sondern hängt von der Fähigkeit des jeweiligen Präsidenten ab. Als sogenannter „starker“ Präsident wird meistens einer bezeichnet, dessen Poli-

tik sich in Einklang mit der öffentlichen Meinung befindet³. Das heißt nicht, daß ein Präsident sich dem Diktat einer öffentlichen Meinungsumfrage unterwerfen muß, aber er sollte die allgemeine Tendenz der Öffentlichkeit in einer bestimmten Frage vorausfühlen. Im allgemeinen repräsentiert der Senat die wichtigsten Sektoren der öffentlichen Meinung. Wenn ein Präsident die Unterstützung des Senats verliert, wird er bald politisch isoliert. Präsident Wilson befand sich 1920 in dieser Lage, als der Senat sich weigerte, mit ihm außenpolitisch zusammenzuarbeiten.

Woodrow Wilsons Konzeption der Präsidentschaft wurde von einem Egoismus bestimmt, der seiner unwürdig war. Er betrachtete sich mehr als Premierminister mit einer loyalen Parlamentsmehrheit anstatt als Präsident, der oft mit einem von der Opposition beherrschten Senat auskommen muß. Er hatte erwartet, daß der Senat seiner Führung folgen würde; als er auf Widerstand stieß, versuchte er ohne die Zustimmung der Senatoren zu handeln. Damit verlor er die Unterstützung des Senats, die er gerade für die Friedensverhandlungen von 1919 so notwendig gebraucht hätte⁴.

Im Rahmen der politischen Institutionen steht dem Präsidenten der „Secretary of State“ als Hauptberater in der Außenpolitik zur Seite; in diesem Fall hatte Robert Lansing dieses Amt inne. Wilson war davon überzeugt, daß Lansing nicht absolut mit seinen Zielen einverstanden war und mißtraute ihm deshalb. Lansing spielte keine entscheidende Rolle als Berater des Präsidenten; diese Tatsache hatte schwerwiegende Folgen für das Sudetenland, da Lansing zu Beginn der Konferenz nicht mit den tschechischen Ansprüchen auf dieses Gebiet einverstanden war.

Den größten Einfluß als Wilsons Berater übte Edward M. House aus. Er war ein gewandter Politiker aus Texas mit dem Ehrentitel „Oberst“ (Colonel). Obwohl Oberst House nur über verhältnismäßig wenig außenpolitische Erfahrung verfügte, besaß er einen praktischen Instinkt für die Politik und sah die Dinge realistischer als der Präsident. Wie zu erwarten, kam es im Laufe der Zeit zum Konflikt zwischen dem Realisten House und dem Idealisten Wilson. Schließlich fand sich der Präsident allein, von seinen Beratern und vom Senat isoliert. Aber trotzdem hielt er immer noch an seiner Politik fest und blieb von ihrer Richtigkeit weiterhin überzeugt.

B. Information

Drei offizielle Informationsquellen standen Wilson zur Verfügung: der „G-2“ (der militärische Nachrichtendienst), das Department of State und eine Gruppe besonderer Berater, die „Inquiry“ genannt wurde⁵. Eine vergleichende

³ Corwin, Edward S.: *The President: Office and Powers, 1787—1957*. New York 1957, S. 184—193. — Neustadt, Richard E.: *Presidential Power: The Politics of Leadership*. New York 1960, S. 184.

⁴ Smith, Daniel M.: *The Great Departure: The United States and World War I, 1914—1920*. New York 1965, S. 112 u. 135.

⁵ Gelfand, Lawrence E.: *The Inquiry: American Preparations for Peace, 1917—1919*. New Haven 1963.

Bewertung dieser Informationsquellen zeigt deutlich die intellektuellen Vorurteile und das philosophische Klima, aus denen Wilsons Diplomatie erwuchs.

Als die „George Washington“ am 4. Dezember 1918, mit Wilson und seinem Mitarbeiterstab an Bord, für die Friedensverhandlungen vom New Yorker Hafen auslief, richteten Offiziere des militärischen Nachrichtendienstes ein großes Kartenzimmer auf dem Schiff ein. Der Präsident betrat diesen Raum fast nie und machte so keinen Gebrauch von den Kenntnissen der militärischen Spezialisten von Ostmitteleuropa. Viele der Offiziere stammten aus diesem Gebiet, zwischen ihnen und dem Präsidenten bestand leider ein merklicher sozialer Unterschied. Wilson zog im allgemeinen die Gesellschaft von Universitätsprofessoren, die oft aus den einflußreichsten Familien Amerikas kamen, vor.

Gegenüber dem Außenministerium war Wilsons Haltung von Mißtrauen bestimmt. Secretary of State Lansing war als Führer der amerikanischen Konferenzdelegation vorgeschlagen worden, aber der Präsident bestand darauf, selbst an den Verhandlungen in Paris teilzunehmen, mit der Begründung, daß Lansing seinen Zielen nicht genug Sympathie entgegenbringe. Wilson informierte sich also nicht hauptsächlich durch das Department of State. Während der Friedenskonferenz war der rangälteste amerikanische diplomatische Vertreter in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns Archibald Cary Coolidge, ein ehemaliger Professor für Geschichte an der Harvard Universität. Nach einem sorgfältigen Studium der böhmischen Grenzprobleme kam Professor Coolidge zu dem Schluß, daß den Sudetendeutschen erlaubt werden solle, das Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkungen auszuüben. Er warnte in unzweideutiger Weise, daß die erzwungene Einbeziehung von dreieinhalb Millionen Deutschen in den neuen tschecho-slowakischen Staat alle Aussichten auf einen dauerhaften Frieden zerstören würde⁶. Aber seine Befürwortung der Selbstbestimmung für Böhmen blieb unbeachtet. Wilson verließ sich lieber auf andere Ratgeber und das war die „Inquiry“.

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten stellte Oberst House eine Gruppe von Akademikern zusammen, die dem Präsidenten als Berater in außenpolitischen Angelegenheiten dienen sollten. Die Mitglieder dieser Gruppe — der „Inquiry“ — verfügten praktisch über keine Erfahrung in Regierungsgeschäften und im diplomatischen Dienst, aber da sie fast alle Professoren waren, zog Wilson — selbst ein ehemaliger Professor — sie den Offizieren des militärischen Nachrichtendienstes und den Spezialisten des Außenministeriums vor. Als typisches Beispiel für die Mitglieder der „Inquiry“ kann Professor Charles Seymour gelten. Er war für die Bearbeitung von tschecho-slowakischen Problemen zuständig und kam wie Coolidge als Historiker von Yale. Trotzdem verstanden sich die beiden Männer nicht besonders gut. Coolidge hatte, dank seiner Tätigkeit als Diplomat, einen

⁶ United States Department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States: The Paris Peace Conference, 1919. 13 Bde. Washington 1942—1947; hier Bd. 2, S. 236.

tiefen Einblick in das Problem der nationalen Selbstbestimmung in seiner ganzen Tragweite gewonnen. Er sah Schwierigkeiten, die sich zwangsläufig ergeben mußten, für die Seymour überhaupt kein Verständnis hatte. Seymour sah die Grenzprobleme Ostmitteleuropas vom Olymp der „Inquiry“ aus, er war empfänglich für die Beneš-freundliche Haltung von Professor Robert J. Kerner (eines seiner Mitarbeiter in der „Inquiry“) und wußte deswegen wenig von den Hindernissen, die einer gerechten Lösung der böhmischen Frage im Wege standen⁷.

Typisch für die Art, wie sich Wilson informierte, ist die folgende Begebenheit: Am 19. Juni 1918 hatte Professor Thomas G. Masaryk den Präsidenten in Washington besucht und die Ansprüche der tschechischen Emigrantenpartei mit größter Dringlichkeit vorgebracht. An Bord der „George Washington“ wurde auch über die Festlegung der Grenzen des tschechoslowakischen Staates diskutiert und Wilson erfuhr zum erstenmal, daß der von Masaryk geforderte „tschechische Nationalstaat“ über drei Millionen deutsche Einwohner enthielt. Der erstaunte Präsident konnte nur entgegnen: „Aber Masaryk hat mir das nie gesagt“⁸!

C. Motivierung

Der diplomatische Stil Wilsons war durch seinen akademischen Beruf und seine vom Calvinismus beeinflussten religiösen Anschauungen bestimmt. Als Universitätsprofessor war er an rein logische und theoretische Lösungen politischer Probleme gewohnt und brachte keine Geduld für das oft umständliche und unlogische Funktionieren des Regierungssystems auf. Als Moralist der kalvinistischen Tradition lehnte er Machiavellis Trennung von Ethik und Politik ab und erklärte, daß seine Politik sich im Einklang mit dem ewigen Sittengesetz befinde. Dementsprechend verachtete er seine Kollegen bei der Pariser Konferenz etwas, denn er betrachtete sie als bloße Politiker mit egoistischen Zielen. Diese Haltung machte ihn bei den Alliierten bald ziemlich unbeliebt. Ein Pariser Café-Witz kennzeichnet die Reaktion europäischer Beobachter sehr treffend: „Hier ist Wilson mit seinen 14 Punkten; Gott brauchte nur 10!“

Drei Tage vor seiner Abreise nach Frankreich hielt der Präsident eine Rede in einer geheimen Sitzung der „Inquiry“. Er betonte seine Überzeugung, daß er das Vertrauen der Weltöffentlichkeit besitze und man von ihm erwarte, daß er sich für die Verwirklichung der 14 Punkte einsetze. Er stellte mit Nachdruck fest, daß er sich bei seinem Kreuzzug gegen die alten Traditionen der europäischen Diplomatie ganz auf die „Inquiry“ verlasse und wies ihre Mitglieder an: „Sagen Sie mir, was gerecht ist und ich werde dafür kämpfen“⁹. Wilsons Haltung gegenüber den Problemen des Friedensschlusses

⁷ Ebenda Bd. 12, S. 334—336. — Vgl. Gelfand 200.

⁸ Mamatey, Viktor S.: The United States and East Central Europe, 1914—1918. Princeton 1957, S. 285 u. 307.

⁹ Vgl. Bailey 110.

war also von moralischen Prinzipien bestimmt. Im Gegensatz zu den anderen Großmächten hatten die Vereinigten Staaten keine bestimmten Ziele für die Friedenskonferenz, außer der Gründung des Völkerbundes. Dieser Mangel an Verhandlungspunkten gab Wilson eine schlechte Ausgangsbasis für die Unterredungen in Paris gegenüber so entschlossenen Politikern wie David Lloyd George und Georges Clemenceau. Der amerikanische Präsident wollte diesen Nachteil wettmachen, indem er persönlich an die Völker der Alliierten appellierte. Er reiste durch England, Frankreich, und Italien, um die Zustimmung der Bevölkerung zu seiner Politik zu erhalten. Nur in England war die Reaktion kühl, in Italien wurde er begeistert gefeiert.

Eigenartigerweise erfuhr Wilsons politische Macht in den Vereinigten Staaten eine Schwächung, während er in Europa sehr populär war. Seine demokratische Partei hatte im November 1918 bei einer Wahl, die die ganze Nation umfaßte, große Einbußen an Wählerstimmen hinnehmen müssen und die republikanische Oppositionspartei gewann Kontrolle über beide Kammern des Kongresses. Vor dieser Wahl hatte Wilson die amerikanischen Wähler in einer sehr ungewöhnlichen Weise zu einem Vertrauensvotum aufgefordert, wie es bei den europäischen Parlamenten üblich ist. Wegen dieses außergewöhnlichen Aufrufs hatte die ganze Welt diese Wahlen mit großem Interesse verfolgt und die ausländischen Regierungen betrachteten den Wahlsieg der Republikaner als persönliche Niederlage für Wilson. In Wirklichkeit hatte seine verfassungsmäßige Stellung keine Erschütterung erfahren, aber ohne Zweifel wurde der Präsident, der von seiner historischen Verantwortung für einen gerechten Frieden durchdrungen war, durch dieses enttäuschende Wahlergebnis entmutigt.

Historiker haben oft Wilsons politische Motive sehr sarkastisch kritisiert. Auf jeden Fall verärgerte er durch sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein die Berufsdiplomaten, die mit ihm während der Konferenz in Kontakt kamen. Diese Diplomaten enthüllten in ihren Memoiren ihre Verachtung für den „Professor-Präsident“, der Diplomatie auf der Grundlage ethischer Prinzipien betreiben wollte, anstatt mit den klassischen Mitteln Täuschung und Kompromiß. Wilson war sicherlich ein Idealist. Für ihn war das nationale Selbstbestimmungsrecht geheiligt, während es die Alliierten nur für eine wirkungsvolle Propagandawaffe hielten. Seiner Meinung nach gab es kaum Aussichten für einen dauerhaften Frieden in Europa, solange die nationale Selbstbestimmung im Donauraum nicht realisiert wurde¹⁰.

II. Die Entscheidung

Im Winter 1918—1919 war die amerikanische Politik gegenüber dem tschecho-slowakischen Staat noch nicht voll ausgeformt. Die Vereinigten Staaten hatten am 6. April 1917 nur Deutschland den Krieg erklärt. Wilson

¹⁰ Baker, Ray Stannard: Woodrow Wilson: Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles. 3 Bde. Leipzig 1923; hier Bd. 1, S. 21—22.

glaubte anfangs noch, daß die Einheit Österreich-Ungarns gewahrt werden solle, denn er befürchtete andernfalls die Entstehung eines gefährlichen Vakuums im Herzen Europas. Von den Alliierten nach der italienischen Niederlage von Caporetto unter Druck gesetzt, traten die Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1917 auch in den Krieg gegen die Doppelmonarchie ein.

Am 8. Januar verkündete Wilson seine 14 Punkte in einer Plenarsitzung des Kongresses. Punkt X versprach den Nationen Österreich-Ungarns das Recht einer autonomen Entwicklung, aber diese Entwicklung sollte im Rahmen der politischen Struktur des Habsburgerreiches vor sich gehen. Slawische Exilpolitiker wie Professor Masaryk und Dr. Eduard Beneš fanden Punkt X sehr enttäuschend. Auch die italienische Regierung war von Wilsons Politik wenig begeistert, denn der Begriff der Selbstbestimmung bedeutete, daß weder Deutsche noch Slawen in den italienischen Nachkriegsstaat einbezogen werden sollten. Im Gegensatz zum Präsidenten glaubte Außenminister Lansing, der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte könne durch Förderung der tschechischen und jugoslawischen Separatisten beschleunigt werden. Demgemäß arbeitete er ein Memorandum aus, das eine Zerstückelungspolitik für Österreich-Ungarn vorschlug¹¹.

Wilson billigte das Memorandum im Juni 1918 in der Erkenntnis, daß Österreich keinen Separatfrieden schließen würde. Entsprechend sollte die amerikanische Kriegspropaganda die Anhänger Masaryks ermutigen. Außerdem wollte die amerikanische Regierung Kontrolle über Masaryks tschechische Legion in Sibirien gewinnen, so daß diese Truppen gegen die Bolschewisten und, wie man annehmen darf, im Notfall auch gegen die Japaner eingesetzt werden konnten. Im Bereich der Innenpolitik suchte der Präsident die Unterstützung der slawischen Minderheiten in Amerika für die kritischen Kongreßwahlen von 1918. Auch hatte Masaryks Reise durch Amerika im Mai und Juni dieses Jahres, als er den „Pittsburgh-Vertrag“ mit den Vertretern der Slowaken schloß, bei einigen Kongreßabgeordneten Sympathien für einen unabhängigen „tschecho-slowakischen Staat“ geweckt und Wilson erkannte die Vorteile, die sich für ihn durch eine Zustimmung zu diesem Vorhaben ergaben¹². England und Frankreich hatten sich schon vor den Vereinigten Staaten für die Auflösung der Donaumonarchie ausgesprochen und Masaryks „tschecho-slowakischen Nationalrat“ bereits als kriegführende Regierung anerkannt. Am 3. September 1918 folgte Amerika ihrem Beispiel. Aber sowohl Wilson als auch Lansing sprachen nur von einem „tschecho-slowakischen“ Volk und legten sich in keiner Weise auf die Grenzen eines künftigen Staates fest. Zu Beginn der Konferenz am 12. Januar 1919 stellte der Rat der Zehn die Hauptgruppe dar, von der alle Entscheidungen getroffen wurden¹³. Dieser Rat bestand aus den beiden prominentesten Delegierten der Länder Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und der Vereinigten Staaten.

¹¹ Vgl. Smith 99—102.

¹² Vgl. Mamatey 281—286.

¹³ Marston, F.S.: *The Peace Conference of 1919: Organization and Procedure*. New York 1944, S. 164—171.

Am 5. Februar trat Dr. Beneš, der Sprecher der tschechischen Delegation, vor diesem Gremium auf und argumentierte für den Einschluß der deutschen und ungarischen Bevölkerungsteile in den neuen tschecho-slowakischen Staat¹⁴. Der Rat der Zehn verwies die böhmische Grenzfrage an die Kommission für tschecho-slowakische Angelegenheiten, eine der sechzig Kommissionen, die für die Behandlung spezieller politischer und wirtschaftlicher Probleme eingesetzt worden waren. Der Rat der Zehn sollte nur die Richtlinien festlegen, nach denen ein Abkommen getroffen werden sollte; die Kommissionen sollten dann diese Prinzipien auf spezifische Fälle anwenden.

Als Richtlinie für die Grenzregelungen sollte die Zustimmung der betreffenden Völker gelten, demokratisch ausgedrückt durch ein Plebiszit. Professor Coolidge hatte vor den politischen Konsequenzen gewarnt, die sich unweigerlich aus dem ungerechten Einschluß des Sudetenlandes in den tschechoslowakischen Staat ergeben mußten. Die Tragödie vom 4. März 1919, als 127 Sudetendeutsche von tschechischen Soldaten getötet oder verwundet wurden, bestätigte Coolidges Warnungen. Außenminister Lansing sah die Situation als kritisch an und sprach sich für ein Plebiszit im Sudetenland aus. Aber Frankreich wünschte eine für Deutschland strategisch ungünstige böhmische Grenze und unter diesem Druck gab Lansing nach und forderte nur spezielle Volksabstimmungen in Eger und Rumburg¹⁵.

Theoretisch war die amerikanische Position ganz klar: Das Nationalitätenprinzip sollte der ausschlaggebende Leitgedanke für die Arbeit der Kommission für tschecho-slowakische Angelegenheiten sein. In der Kommission selbst machten die amerikanischen Mitglieder Professor Charles Seymour und Allen Dulles dagegen nur in ganz vereinzelt Fällen einen Versuch zur Anwendung dieses Prinzips¹⁶. Sie wollten zwar Eger und Asch an Deutschland abtreten, trotz Dr. Benešs Anspruch auf die historischen Grenzen Böhmens, aber die britischen und französischen Delegierten lehnten den amerikanischen Vorschlag ab¹⁷. Seymour und Dulles hatten jedoch Erfolg mit ihrem Widerstand gegen die Forderung, daß Glatz und Ratibor der Tschecho-Slowakei zugeschlagen werden sollten. Ihre Haltung wird gekennzeichnet durch eine Bemerkung Seymours während der Konferenz: Er hielt die Festlegung der deutsch-tschechischen Grenze für ein Problem, das keine besonderen Schwierigkeiten biete.

Am 27. Februar empfahl die Kommission für tschecho-slowakische Ange-

¹⁴ Raschhofer, Hermann: Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris, 1919—1920. Berlin 1937.

¹⁵ Miller, David Hunter: My Diary at the Conference of Paris. 21 Bde. Vom Autor privat gedruckt, 1928; hier Bd. 16, S. 14 u. Bd. 19, S. 77—78.

¹⁶ Seymour, Charles: The End of Empire. In: What Really Happened at Paris. The Story of the Peace Conference, 1918—1919. By American Delegates. New York 1921, S. 103—105.

¹⁷ Bonsal, Stephen: Suitors and Suppliants: The Little Nations at Versailles. New York 1946, S. 148—150. — Bruns, Viktor: Die Tschechoslowakei auf der Pariser Friedenskonferenz. Sonderabdruck aus d. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 7 (1937) 724—726.

legenheiten, daß die Grenzen Böhmens und Mährens von 1914 mit unbedeutenden Berichtigungen anerkannt werden sollten. In der Zwischenzeit war der Rat der Zehn durch den Rat der Vier ersetzt worden. Seine Mitglieder waren Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando. Wilson erlitt, vollkommen überarbeitet, am 3. April 1919 einen Kreislaufkollaps. Während seiner Krankheit nahm Oberst House als Beobachter des Präsidenten an den Sitzungen des Rats der Vier teil. Am 4. April notierte House in seinem persönlichen Tagebuch, daß der Rat der Vier am Spätnachmittag zusammengetreten war, und Lloyd George, Clemenceau und Orlando den Bericht der Kommission gebilligt hatten¹⁸. Es gibt keine Hinweise dafür, daß dieses Problem jemals in Wilsons Anwesenheit vom Rat der Vier behandelt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte tschechisches Militär bereits die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens für die Prager Regierung besetzt, entgegen der ausdrücklichen Resolution des deutsch-österreichischen Parlaments in Wien, das sich für die Anwendung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung im gesamten Staatsgebiet der ehemaligen Monarchie aussprach¹⁹. Der Rat der Vier hatte also in Wirklichkeit eine De-facto-Grenze anerkannt.

Präsident Wilson lag auf dem Krankenbett. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung, wie es in Punkt X niedergelegt worden war, war aus den Augen verloren. Oberst House, Außenminister Lansing und die amerikanischen Mitglieder der Kommissionen für tschecho-slowakische Angelegenheiten hatten Kompromissen zugestimmt, die zu weiteren Kompromissen geführt hatten, bis das Prinzip selbst verraten worden war. Die Geschichte der böhmischen Grenzziehung bietet den besten Beweis dafür, daß politische Entscheidungen auf der Ebene der Gipfeldiplomatie mehr auf Grund von Zufällen und Vorurteilen als auf Grund sorgfältiger Expertisen getroffen werden.

Allem Anschein nach hatte der idealistische amerikanische Präsident in seinem Kampf gegen die Praktiker der Machtpolitik nur Mißerfolg geerntet. Er und Lloyd George hatten zwar eine französische Annexion des Rheinlandes verhindern können, aber es hatte sich gezeigt, daß Wilson einfach nicht über das politische Geschick verfügte, das er für die Verwirklichung seiner Ideale im Sudetenland und in Südtirol gebraucht hätte. Überdies kompromittierte er sich ohne Zweifel in der Danziger Frage und im Fall des polnischen Korridors. Professor Dr. Kurt Knoll aus Wien stand sicher für viele Enttäuschte, als er 1927 schrieb:

„Das schöne Programm der Vereinigten Staaten Nordamerikas schien ein leeres Versprechen, die Menschenrechte von Millionen fanden keine Stimme und an den Folgen jener willkürlichen Zerreißung von Völkern und Verknachtung von Volksteilen, die dann als Friede bezeichnet wurde, leidet Europa und krankt die Welt“²⁰.

¹⁸ Perman, D.: *The Shaping of the Czechoslovak State*. Leiden 1962, S. 169—170.

¹⁹ Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. 2 Bde. Wien 1919; hier Bd. 1, S. 98.

²⁰ Knoll, Kurt: *Eine offene Schuld Amerikas*. Wien 1927, S. 22.

Doch trotz solcher Kritik bleibt Wilson eine der historisch bedeutsamsten Persönlichkeiten der Pariser Friedenskonferenz. Er hinterließ der Welt den Glauben an die nationale Selbstbestimmung als sein wichtigstes Vermächtnis. Die Tatsache, daß Diktatoren sich hinter Stacheldraht gegen dieses Recht verteidigen müssen, ist der beste Beleg dafür, daß Punkt X kein „leeres Versprechen“ war.